

Das Volk scheint demokratiemüde

Vor allem in den Kantonen verhält sich die Bevölkerung bei Abstimmungen passiver denn je

ROGER BLUM

Im Jahr 2025 funktionierte die direkte Demokratie in der Schweiz auf nationaler Ebene wie eh und je. Drei Aspekte sind aber besonders bemerkenswert. Erstens: Regierung und Parlament haben alle Abstimmungen gewonnen, Volksinitiativen und Referenden blieben auf der Strecke. Zweitens: 40 Volksinitiativen, über die noch nicht entschieden ist, schwirren umher. Die grösste Gruppe stammt von Engagierten, die irgendwo in der politischen Mitte anzusiedeln sind. Und drittens: Die Stimmberechtigten sind nur halb bei der Sache. In keiner eidgenössischen Abstimmung beteiligte sich die Mehrheit, für kantonale Wahlen interessiert sich oft nur ein Drittel, manchmal nicht einmal das.

Das Fazit zum ersten Aspekt lautet: Bundesrat und Parlament können zufrieden sein. An drei eidgenössischen Abstimmungsterminen standen 3 Volksinitiativen, eine Verfassungsänderung und ein via Referendum bekämpftes Gesetz zur Debatte: In allen 5 Fällen siegten die Behörden. Die Service-Citoyen-Initiative wurde mit 84,1 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt, bei der Juso-Initiative, die die Klimapolitik über Erbschaftssteuern finanzieren wollte, waren es 78,3 Prozent und bei der Umweltverantwortungsinitiative 69,8 Prozent. Dem Bundesbeschluss über die Besteuerung von Zweitliegenschaften stimmten 57,7 Prozent zu, und ganz knapp, mit 50,4 Prozent Ja-Stimmen, kam auch das E-ID-Gesetz über die Runden. Ideen «von aussen» hatten keine Chance.

Das Fazit zum zweiten Aspekt lautet: Es werden trotzdem unverdrossen neue Ideen lanciert. Ende 2025 befanden sich 13 Volksinitiativen im Sammelstadium. Das Themenspektrum ist breit. Es reicht von der Anerkennung Palästinas über ein Atomwaffenverbot bis zu Bitcoin.

19 Volksinitiativen sind schon zustande gekommen und zurzeit hängig – 7 beim Bundesrat, 12 beim Parlament. Weitere 3 Volksinitiativen – die Halbierungsinitiative der SVP, die Bargeldinitiative und die von links herrührende Initiative für eine gerechte Energie- und Klimapolitik – kommen am 8. März 2026 zur Abstimmung. Nimmt man alle noch nicht entschieden Volksinitiativen zusammen, so stammen je 8 aus dem linken und aus dem rechten Lager, 9 von links der Mitte und 13 aus der Mitte.

Erschöpfung der Parteien

Das Volk scheint indes gar nicht so viel Lust auf direkte Demokratie zu haben. Bei den eidgenössischen Volksabstimmungen des Jahres 2025 nahm jeweils mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten nicht teil: An der Urne waren 49,5 Prozent (28. September), 42,9 Prozent (30. November) und 38,0 Prozent (9. Februar). Und wenn die Kantone zur Wahl ihrer Regierungen riefen, war das Echo noch bescheidener: 45,6 Prozent im Wallis, 41,5 und 45,7 Prozent bei den beiden Wahlgängen im Jura, 35,5 und 36,5 Prozent bei den beiden Wahlgängen im Kanton Solothurn, 31,9 Prozent im Kanton Neuenburg und 28,2 und 33,3 Prozent bei den beiden Wahlgängen in Baselland.

Daniel Kübler, Politologieprofessor an der Universität Zürich und Direktor des Zentrums für Demokratie in Aarau, verweist darauf, dass auf Bundesebene der Trend der Stimmbeteiligung nicht nach unten gehe. Den Tiefpunkt habe man in den siebziger und achtziger Jahren erlebt, seither sei die Beteiligung wieder angestiegen. Bedenklich sei hingegen die Entwicklung in den Kantonen. Dort nehme die Zahl der Abstimmungen und der lancierten Initiativen und Referenden ab. Der Grund sei wohl eine strukturelle Schwäche und dadurch eine gewisse Erschöpfung der kantonalen Parteien, meint Kübler.

Auch Adrian Vatter, Professor für Schweizer Politik an der Universität Bern, sieht auf nationaler Ebene keine Abwärtsentwicklung. Die tiefe Betei-

gung bei kantonalen Wahlen habe weniger mit Demokratieverdrossenheit zu tun denn mit als geringer wahrgenommener Relevanz dieser Wahlen, mit zunehmend entstehenden lokalen Medienwüsten und dem allgemeinen Trend zu tieferer politischer Alltagsbindung. Die Forschung zeige, dass die Partizipation sozial selektiver werde: Jüngere, politisch weniger Interessierte und die wachsende Gruppe der News-Deprivierten beteiligten sich deutlich seltener. Das sei das eigentliche Warnsignal, betont Vatter.

«Rettungsdienste» stehen bereit

Wenn die direkte Demokratie den Menschen Mühe bereitet, braucht es Hilfskräfte, die den Leuten aufzeigen, wie sie mit der Demokratie umgehen können (und sollen). Eine solche Hilfskraft ist beispielsweise der Dachverband Schweizer Jugendparlamente. Die Organisation fasst die etwa achtzig kantonalen und lokalen Jugendparlamente zusammen und versteht sich als Kompetenzzentrum für politische Bildung und Partizipation. Der Dachverband hat die Programme Easyvote.ch und Engage.ch lanciert. Vor allem mittels Easyvote sollen die Vorgänge in der direkten Demokratie besser erklärt werden.

Die Stiftung für direkte Demokratie wiederum, 2019 aus Wecollect entstanden, ist eine Crowd-Stiftung: Sie sammelt Geld und stellt Mittel zur Verfügung, um Initiativen und Referenden aus der Zivilgesellschaft vor allem in der Startphase zu unterstützen. Sie bietet «eine Rampe für die direkte Demokratie», wie der Stiftungsrat Daniel Graf es im Jahresbericht für 2024 formulierte. Sie hält sich auch nicht zurück, Skandale wie gefälschte Unterschriften deutlich zu geisseln.

Zu den politischen Hilfskräften kann man auch das Zentrum für Demokratie in Aarau zählen. Dieses bietet wissenschaftliche Unterstützung. Hier forschen mehrere Professoren und eine Professorin mit ihren Teams zur Praxis und zu den Herausforderungen der direkten Demokratie, so beispielsweise zu deren klassischen und neuen Instrumenten, zu deren Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen sowie zum Einfluss des EU-Rechts auf sie. Mit den regelmässigen Aarauer Demokratietagen tritt das Zentrum jeweils in den Dialog mit dem Publikum.

Um eine kleinere Gruppierung handelt es sich beim Verein Politbeobachter – sechs engagierte Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrer Website und ihrem Newsletter das politische Geschehen in der schweizerischen direkten Demokratie gemäss Selbstbeschreibung «scharfsinnig und weitsichtig» kommentieren. Sie erläutern jede Volksinitiative und jedes Referendum, für die gerade Unterschriften gesammelt werden, und erleichtern es dem Publikum, Politik zu verstehen.

Der bekannteste Kämpfer für die direkte Demokratie ist der frühere SP-Nationalrat Andreas Gross mit seinem Atelier pour la démocratie directe in St-Ursanne. 2016 noch veröffentlichte er das dicke Buch «Die unvollendete Direkte Demokratie. 1984–2015: Texte zur Schweiz und darüber hinaus», ein flammendes Plädoyer für die Beteiligung des Volkes. Aber auch er ist etwas müde geworden: Die Website seines Ateliers wurde seit 2011 nicht mehr aktualisiert.

Die Datenbank der Demokratie

rbl. · Mit der «Referendum Database» dokumentiert das Zentrum für Demokratie in Aarau weltweit Volksabstimmungen. Hier befinden sich die Daten von 3000 nationalen und 15 000 subnationalen Volksentscheiden in über 200 Ländern seit 1791. Was die Schweiz betrifft, so sind 700 nationale Abstimmungen seit 1793 und 7000 kantonale Volksentscheide seit 1970 verzeichnet.